

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Reform der Ehrengerichte.

Der Kaiser hat am Neujahrstage eine Allerhöchste Kabinettsordre vollzogen und allen Generalkommandos zugehen lassen, die das ehrengerichtliche Verfahren neuregelte und bezieht, den Zweikämpfen der Offiziere mehr als bisher vorzuziehen. Durch diese Kabinettsordre wird das Verbot der Ehrengerichte, das der Reichskanzler am 17. November vorigen Jahres im deutschen Reichstage abgegeben hatte, als er dort bei der Beratung der Interpellation über den Fall Bräunlich erklärte, auf dem Gebiet des Duellwesens den Vorschriften der Gesetze in allen Fällen der Beförderung ohne Unterbrechung des Standes und Berufs Achtung und Befolgung gesichert werden müßten. Damals war eine Kommission aus sachverständigen Offizieren auf des Kaisers Befehl berufen worden, um den Entwurf des neuen Verfahrens zu begutachten. Diese Kommission hat inzwischen ihre Aufgabe erfüllt, und das Ergebnis liegt jetzt in der neuen Kabinettsordre vor.

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweikampfes heißt es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Standesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb dem Willen, daß der Ehrengerichtshof gründlich bei der Austrage der Ehrensache mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Um hierzu den Weg vorzubereiten, bestimmt der Kaiser in Ergänzung der Eingriffsordre zu der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere vom 2. Mai 1874, daß, wenn zwischen Offizieren Privatfeindschaften und Beleidigungen vorkommen, die nicht alsbald auf gütlichem Wege standesgemäß beseitigt werden, die Beteiligten verpflichtet sind, unter Unterlassung aller weiteren Schritte, ihrem Ehrenrathe sofort Anzeige zu machen. Der Ehrenrath hat dann unter Leitung des Kommandeurs den Sachverhalt ungehindert durch mündliche oder schriftliche Verhandlungen aufzuklären und nach dem Ergebnis der Ermittlungen sowie nach Anhörung der Beteiligten schriftlich entweder einen Ausgleichsvorschlag aufzustellen, oder zu erklären, daß er sich nach Lage der Sache außer Stande sehe, einen Ausgleich vorzuschlagen, daß vielmehr ein ehrengerichtliches Verfahren notwendig sei, oder aber festzustellen, daß die Ehre der Beteiligten für nicht berührt zu erachten und deshalb weder ein Grund zur Aufstellung eines Ausgleichsvorschlages noch auch zu einem ehrengerichtlichen Verfahren vorhanden sei. Der Beschluß des Ehrenraths muß durch den Kommandeur bestätigt werden. Bei den Ehrengerichten von Landwehrbezirken, deren Kommandeur nicht den Rang eines Regimentskommandeurs hat, erfolgt die Bestätigung durch den Brigadekommandeur. Die Beteiligten können gegen den Ausgleichsvorschlag oder gegen die Erklärung, daß ihre Ehre für nicht berührt zu erachten sei, beim Kommandeur Berufung einlegen. Die Vorgelegten haben sich dazu gütlich zu äußern und die Entscheidung des Kaisers einzuholen. Ueber diejenigen Offiziere, welche gegen die genannten Bestimmungen verstoßen, ist dem Kaiser Bericht zu erstatten. Ist einer der Beteiligten ein General, so bleibt die Bestimmung des Kommandeurs und der Mitglieder des Ehrenraths der Entscheidung des Kaisers vorbehalten. Ist einer der Beteiligten ein Stabschef, so ist der Ehrenrath des Ehrengerichtes der Stabschefs zuständig. Gerath ein Offizier mit einem dem Ehrengerichte nicht unterworfenen Offizier oder mit einer Privatperson in einen Ehrenhandel, so ist er — sofern nicht alsbald auf gütlichem Wege ein standesgemäßer Ausgleich stattfindet — gleichfalls zur umgehenden Anzeige an den Ehrenrath verpflichtet. Letzterer hat auch hier, soweit es die Umstände gestatten, unter Leitung des Kommandeurs auf einen Ausgleich hinzuwirken. Daß der Kaiser als oberster Hüter des Rechts und der Ehre die Zweikämpfe mehr als bisher einschränken sucht, ist aufs wärmste anzuerkennen, und wir zweifeln nicht, daß die Kabinettsordre ihren Zweck erfüllen wird.

Ueber die kaiserliche Ordre liegen bereits eine Anzahl von Pressstimmen vor. Die „Germania“ hält dieselbe nach nicht für erschöpfend und verlangt ein direktes Verbot des Duells, sie schreibt: „In wie weit die Kabinettsordre einschränkend wirken wird, dürfte wesentlich von der „Ehrengerechtigkeit“ abhängen, mit welcher dieselbe gehandhabt wird. Man darf annehmen, daß in nächster Zeit unter dem Einbrüche der jüngsten argen Duellkämpfe alles aufgeboten werden wird, um an der Hand der Ordre neue Duelle in Offizierskreisen zu verhindern. Ob dieselbe auf die Dauer sich als wirksam erweisen wird, bleibt abzuwarten. Die mit der Kabinettsordre von 1874 gemachten Erfahrungen sind durchaus nicht geeignet, in dieser Beziehung eine optimistische Auffassung aufkommen zu lassen. Geht die neue Kabinettsordre lange nicht so weit, wie wir es wünschen, nämlich zu einem grundsätzlichen Verbot des Duells für Offiziere, so begreifen wir dieselbe doch als ersten erfreulichen Schritt, dem Duellkämpfe im Heere engere Grenzen zu ziehen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Sicher ist, daß diese wohlwogenen und ersten Bestimmungen ihre volle Wirksamkeit nur entfalten können, wenn sie in dem Geiste gehandhabt werden, den die Verfügung athmet.“

Nachdem äußert sich der „Reichsb.“: „Es ist dankbar anzuerkennen, daß der Kaiser diese Ordre erlassen hat, um dem Duellkämpfe soviel als möglich zu steuern. Ganz wird er sich ja so wenig wie andere Vergehen anstößen lassen, allein was erreicht werden kann und erreicht werden muß, ist, daß das Duell ernsthaft wie jedes andere durch das Gesetz verbotene und strafbare Vergehen behandelt und in keiner Weise begünstigt wird. Das ist nun auch in diesem neuen kaiserlichen Erlass geschehen, es soll ein gütlicher Ausgleich erstrebt werden. Allein dieser Ausgleich ist etwas Unbestimmtes; es giebt doch Fälle, wo die Beleidigung eine so schwere ist, daß das, was man Ausgleich nennt, nicht genügt, sondern daß die Beleidigung mit einer entsprechenden Strafe geahndet und dadurch dem Beleidigten eine Genugthuung gewährt wird.“

Söder's „Volk“ glaubt, daß es keinem Zweifel unterliegen kann, daß durch den vorliegenden Erlass der Zweikampf im Heere auf ein Minimum eingeschränkt, zu seinem gänzlichen Aufhören ein bedeutsamer Schritt gemacht wird. Das wird auch nicht ohne Mithilfe der bürgerlichen Duellverfechter bleiben, zumal da nach der Aufhebung des Reichskanzlers in der Sitzung des Reichstages am 17. November auch auf dem Gebiete des bürgerlichen Strafrechts die Vorbereitungen für eine wirksame Bekämpfung des Duells unausgesetzt gefördert worden sind.“

Die Münchener „Allg. Ztg.“ meldet, daß ein im Wortlaut dem kaiserlichen Erlass des Reichstages vom 1. Januar 1897 die neuen Bestimmungen über die militärischen Ehrengerichte auch für die bayerische Armee vom gleichen Zeitpunkt an in Kraft steht.

Aus dem Reiche.

Prinz Georg Radziwill, welcher kürzlich das russische Bürgerrecht erworben hat, hat nunmehr den Titel „Fürst zu Wiesbaden“ erhalten. — Zum **Umbau der Kriegsschule in Potsdam** — wurde im vorjährigen Reichstage bereits Mittel befreit. Auf dem Brauhausberg bei Potsdam, unweit des von König Friedrich Wilhelm III. erbauten Belvedere, hat man jetzt ein umfangreiches Gelände im Walde abgeflacht, wo die neue Kriegsschule mit Kaserne und Reitbahn errichtet werden soll. Wie nach der „Potsd. Kor.“ verlautet, soll es dem Wunsch des Kaisers entsprechen, daß die Höhe des Brauhausberges mit einem schloßartigen Gebäude getönt werde. Zu dem Bau der neuen Kriegsschule, die bedeutend mehr Kriegsschüler, wie die bisherige aufnehmen muß, muß das sehr hügelige Land geordnet und auch eine bequemere Zufahrtsstraße geschaffen werden. Unweit der Baustelle liegt das strophysikalische, das meteorologische und geodätische Institut der Berliner Universität, gemeinhin unter dem Namen Sonnenwarte bekannt. — Die **Handwerkerfrage** hat in den jüngsten Tagen in einigen Blättern den Gegenstand von Theorien gebildet, die wesentlich auf Kombination zu beruhen scheinen. Die Angelegenheit steht dem Vernehmen nach im Wesentlichen wie vor einigen Wochen, als darüber von uns berichtet wurde: Preußen und Sachsen sind im Austausch für Zwangsimmungen, Württemberg und Baden für Freiheit, Bayern für die Entscheidung durch die Mehrheit der Genossen des einzelnen Handwerkers in den betreffenden Bezirken. Eine Verständigung gilt in diesem Augenblick nicht eben für besonders aussichtsreich. In den jüngsten Tagen ist der Gegenstand in der Subkommission des Bundesrats-Ausschusses verhandelt worden. — Ueber die geschäftliche Lage der **Reform des Militärstrafprozesses** sind neuerdings theilweise irrtümliche Angaben verbreitet worden. Darnach sollte die Vorlage bereits morgen in das Plenum des Bundesrats gelangen und ihre rasche Erledigung dort sicher sein. Thatsächlich dürfte demnach erst die zuständigen drei Ausschüsse, der Militär-, der Marine- und der Justizauschuss, ihre Beratungen beginnen, worauf mit thätiger Schnelligkeit die Angelegenheit betriebe und die Vorlage vielleicht um das Ende des Januar an den Reichstag gebracht werden würde. Die Instruktionen der einzelnen Regierungen für ihre Vollmachten dürften jetzt eingetroffen oder in den nächsten Tagen zu erwarten sein. — Die Protokolle der in das Jahr 1896 fallenden Hauptversammlungen der **deutschen Arbeiterkolonien und Verpflegungstationen** sind ausgegeben worden. Darnach haben sich die Stationen seit dem Jahre 1890 von 1957 auf 1287 vermindert. Die Hauptaufgabe daran wird dem Fall des kaiserlichen Gesetzentwurfs über die Staatszuschüsse zu der Unterhaltung der Verpflegungstationen und der „groben Unkenntnis“ der Parlamentarier mit dem Leben zugehoben; wir glauben jedoch, daß die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande eine Hauptursache der Verminderung der Stationen ist, und können deshalb nicht umhin, ein günstiges Zeichen in ihr zu erblicken. — Eine Ausgabe von großer Tragweite, die Verstellung zweckmäßiger, mit etwas Gartenland ausgestatteter **Wohnhäuser, die von Arbeitern als Eigentum erworben werden können**, ist ihrer Lösung einen guten Schritt näher gerückt, seit einzelne Subskribenten und Altersvorsorgungskassen sich entschlossen haben, zu diesem Zwecke an Kommunalverbände und Körperschaften Darlehen zu billigen Zinssfuß herzugeben. Was auf diesem Wege erreicht werden kann, zeigt das Vorgehen des Spar- und Bauvereins in Wilmersdorf bei Bremen. Aus einem vom Landrat des Kreises, V. Berthold, verfaßten Bericht sehen wir, daß der im Jahre 1894 gegründete Verein, der gegenwärtig 108 Genossen mit 144 Subskribenten und 500 Mark zählt, in der kurzen Zeit seines Bestehens 96 Häuser erbaut und dazu 12 fertige Häuser angekauft hat, in denen zusammen für 824 Seelen ein eigenes und freundliches Heim geschaffen ist. — Die amliche **Ausweisung der drei Söhne des Fabrikanten Paul von Schumberger**, die von französischen Wätern gebrachte und auch in deutsche Zeitungen übergegangene Nachricht von

der Ausweisung der drei Söhne des Fabrikanten Paul von Schumberger in Gebweiler beruht auf einer großen Entstellung der Thatsache. Die drei Söhne in Paris wohnenden jungen Leute, welche in den Jahren 1894, 1895 und 1896 unmittelbar vor dem Eintritt in das wehrpflichtige Alter ihre Entlassung aus der Reichsangehörigkeit genommen haben, bedürfen nach der Verordnung vom 21. September 1891 über die Beschränkung des Passwanges als Emigranten eines visierten Passes oder einer besonderen Erlaubnis, wenn sie Aufenthalt in Elsaß-Lothringen nehmen wollen. Als der Kreisdirektor aus einem ihm am 28. Dezember zugegangenen Auszug des ortspolizeilichen Melde-registers entnahm, daß die beiden älteren Söhne (ein dritter war überhaupt nicht angegeben) am 24. Dezember ohne Aufenthaltserlaubnis in Gebweiler eingetroffen seien, machte er in einem Schreiben vom gleichen Tage den Vater darauf aufmerksam, daß seine Söhne, falls sie nicht im Besitze eines visierten Passes seien, das Land zu verlassen hätten. Er erhielt darauf die Mitteilung, daß der zweite Sohn abgereist sei, der ältere jedoch in Folge einer Erkrankung an akuter Bronchitis schmerzhaft in Gebweiler verbleiben müsse, wosher Kreisdirektor auch nicht weiter beauftragte. Eine Ausweisung ist gegen keinen der Söhne verfügt worden. Wenn Herr Conrad de Wit in Paris, wie ihm der „Matin“ in den Mund legt, behauptet hat, daß seine Entlassung mit ordnungsmäßigen Pässen versehen gewesen seien, daß ihnen der Kreisdirektor versichert habe, sie könnten sich ungehindert in Gebweiler aufhalten und daß dieselben ein Ausweisungsbefehl von Straßburg eingetroffen sei, so ist alles vollständig aus der Luft gegriffen. Die Straßburger Zentralstellen haben von der Anwesenheit der Söhne Herrn Schumbergers überhaupt erst durch die Zeitungen und durch den Bericht des Kreisdirektors Kenntnis erhalten, den jungen Herren selbst konnte es nicht unbekannt sein, welche Formidabilitäten sie als Emigranten zu erfüllen hatten, um Aufenthalt im Lande nehmen zu können, denn sie haben seit ihrer Entlassung aus der Reichsangehörigkeit eine Aufenthaltserlaubnis schon wiederholt erbeten und erhalten. Nach der vorliegenden Darstellung des Sachverhalts kann von einer ungerechtfertigten Härte gegen die Emigranten von Schumberger oder von der Statuierung eines Exempels keine Rede sein, sie sind nur, wie es bei jedem andern Emigranten geschieht, zur Beobachtung der bestehenden Vorschriften angehalten worden. Der Mann, den die französischen Zeitungen und ihre Gewährsmänner bei diesem Anlaß über verstorbenen Maßregeln der deutschen Regierung erhoben haben, war also durchaus überflüssig. — In Fulda hat gestern eine Bürgerversammlung stattgefunden, in welcher gegen das im Entwurf einer **Städte- und Landgemeindevorordnung für die Provinz Hessen-Nassau** vorgesehene **Drei-Klassen-Wahlrecht** entschieden Stellung genommen wurde. Nachdem Abg. Richter über die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfs und die nachteiligen Folgen des Drei-Klassen-Wahlrechts gesprochen — in Fulda würden beispielsweise der Staatsrat und zwei Aktiengesellschaften das eine Drittel Wähler der 1. Klasse zu wählen haben, in Kassel sogar nur 1 oder 2 Personen — wurde einstimmig eine Eingabe angenommen und unterzeichnet, welche an beide Häuser des Landtages verhandelt werden soll und worin erlucht wird, dem Drei-Klassen-Wahlrecht die Zustimmung zu verweigern. — Herr **Professor Hans Delbrück** fordert in seinen „Preussischen Jahrbüchern“ die Regierung auf, das Unternehmertum nicht mehr zu unterstützen, den Arbeitern volle Vereinsfreiheit zu gewähren, die Löhne des Herrn v. Stumm zu trogen und die Vorteile, die die Sozialdemokraten davon haben würden, ruhig in den Kauf zu nehmen; denn **„Bildung und Wissenschaft“** händen auf Seite der Arbeiter, nicht auf der der Unternehmer. Dazu bemerken die „Hamburger Nachr.“ nicht mit Unrecht: Wir nehmen an, daß die Sozialdemokraten Herrn Delbrück nunmehr als einen der Ihrigen betrachten werden. Wir unterliehen hatten den Bericht des „Genossen“ Delbrück, Bildung und Wissenschaft gegen die produktiven Stände, gegen das Unternehmertum in Industrie, Landwirtschaft und Handel aufzuheben, für ebenso frivol wie ausichtslos. Bildung und Wissenschaft haben gleiches Interesse wie der Staat selbst daran, sich der von Herrn Delbrück vorgeschlagenen Sozialisierung der Betriebe und der damit verbundenen Proletarisierung der Bevölkerung zu widersetzen. Im Uebrigen liefert das Auftreten des Herrn Delbrück einen neuen Beweis, daß der Professorensozialismus notwendig zur Sozialdemokratie führt und daß es im Interesse von Staat und Gesellschaft erforderlich ist, der zunehmenden Vergiftung der akademischen Jugend wie der Gelehrtenkreise durch die sozialdemokratischen Ideen einiger doktrinäer Professoren, die vom wirklichen Leben nichts wissen, in zweckmäßiger Weise vorzubeugen.

Der Kaiser hat am Neujahrstage eine Allerhöchste Kabinettsordre vollzogen und allen Generalkommandos zugehen lassen, die das ehrengerichtliche Verfahren neuregelte und bezieht, den Zweikämpfen der Offiziere mehr als bisher vorzuziehen. Durch diese Kabinettsordre wird das Verbot der Ehrengerichte, das der Reichskanzler am 17. November vorigen Jahres im deutschen Reichstage abgegeben hatte, als er dort bei der Beratung der Interpellation über den Fall Bräunlich erklärte, auf dem Gebiet des Duellwesens den Vorschriften der Gesetze in allen Fällen der Beförderung ohne Unterbrechung des Standes und Berufs Achtung und Befolgung gesichert werden müßten. Damals war eine Kommission aus sachverständigen Offizieren auf des Kaisers Befehl berufen worden, um den Entwurf des neuen Verfahrens zu begutachten. Diese Kommission hat inzwischen ihre Aufgabe erfüllt, und das Ergebnis liegt jetzt in der neuen Kabinettsordre vor.

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweikampfes heißt es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Standesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb dem Willen, daß der Ehrengerichtshof gründlich bei der Austrage der Ehrensache mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweikampfes heißt es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Standesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb dem Willen, daß der Ehrengerichtshof gründlich bei der Austrage der Ehrensache mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweikampfes heißt es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Standesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb dem Willen, daß der Ehrengerichtshof gründlich bei der Austrage der Ehrensache mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweikampfes heißt es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Standesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb dem Willen, daß der Ehrengerichtshof gründlich bei der Austrage der Ehrensache mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

Die „Kölnische Zeitung“ ist in der Lage, dieselbe zu veröffentlichen. Ueber die Ursachen des Zweikampfes heißt es in dem Schriftstück: „Die Anlässe sind oft geringfügiger Natur, Privatfeindschaften und Beleidigungen, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre möglich ist. Der Offizier muß es als Unrecht erkennen, die Ehre eines anderen anzutasten. Hat er hiergegen in Ueberehrung oder Erregung gefehlt, so handelt er ritterlich, wenn er an seinem Unrecht nicht festhält, sondern zu gütlichem Ausgleich die Hand bietet. Nicht minder muß derjenige, dem eine Kränkung oder Beleidigung widerfahren ist, die zur Verhöhnung gebotene Hand annehmen, so weit Standesehre und gute Sitten es zulassen. Es ist deshalb dem Willen, daß der Ehrengerichtshof gründlich bei der Austrage der Ehrensache mitwirken soll. Er hat sich dieser Pflicht mit dem gewissenhaften Bestreben zu unterziehen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen.“

mit zwei Instanzen in Thätigkeit getreten, um die Leistungsfähigkeit des französischen Gewerbes in möglichst prägnanter Form auszuweisen zu lassen; deutscherseits wird an industriellen Kreisen ein ähnliches Verfahren empfohlen. Nach den Bestimmungen der französischen Ausstellungsleitung ist die Vertretung der Beteiligung der einzelnen Nationen ausschließlich in die Hand der dazu seitens der Regierungen bestimmten Kommissare gelegt; an diese ausschließlich werden alle Anträge verwiesen. Der deutsche Vertreter Herr Rath Richter hat bereits die Erfahrungen der Chicagoer Weltausstellung für sich. Allgemein ist die Ueberzeugung, daß die Vertretung auf der Pariser Ausstellung in sachkundiger Hand liegt, und gern geben wir somit dem in gewerblichen Kreisen sich regenden Wunsch Ausdruck, die schwierige Thätigkeit des Reichskommissariats durch ein thätiges, reges Entgegenkommen zu erleichtern.

Böln, 5. Januar. Der „Böln. Ztg.“ wird aus Sofia der Wortlaut eines bisher nicht veröffentlichten Briefes mitgeteilt, welchen Stambulow am 23. Juni a. St., also 10 Tage vor seiner Ermordung, an den Fürsten Ferdinand nach Karlsbad gerichtet und in welchem er den Fürsten gebeten hat, dafür einzutreten, daß ihm der gewünschte Auslandspass erteilt werde. In dem Briefe giebt Stambulow eine Darstellung der Verhältnisse und der Lage, in welcher er sich nach seinem Rücktritt in Sofia befand und schließt folgendermaßen: „Ich würde mich nicht entschließen, Euer königliche Hoheit mit meinen Bedenken zu belästigen, wenn ich von anderer Seite Genugthuung erhalten könnte. Da ich in dessen von Ihren Ministern verfolgt werde, so wende ich mich um Schutz und Gerechtigkeit an Ihren Führer und höchsten Vorgesetzten.“ Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt hierzu, auf diesen Brief habe Stambulow keine Antwort erhalten.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Wiener Hofkreisen erhält das „Neue Wiener Journal“ die Nachricht von einer demnächst erfolgenden Kabinettsordre, wonach die Kronprinzessin-Wittve Stephanie formell mit der repräsentativen Vertretung der Kaiserin betraut wird. Bisher wurde die Erzherzogin Josefa, Gemahlin des Erzherzogs Otto, dafür genannt.

Italien.

Rom, 2. Januar. Am Freitag Abend war im Hafen von Neapel der Dampfer „Adriatico“ anker, der die erste Gruppe der befreiten Kriegsgefangenen, 215 Mann, an Bord hatte. Troßdem die Stunde der Ankunft sehr heimlich worden war, hatten sich doch zahlreiche Angehörige der heimkehrenden Soldaten, wie schon die Nacht vorher, auf dem Hafenufer versammelt. Der „Adriatico“ traf um 9 Uhr ein, die Auslieferung der befreiten Gefangenen begann aber erst um Mitternacht. In der Zwischenzeit tauchten die Heimkehrenden und ihre Verwandten vom Schiffe zum Ufer und umgekehrt ihre Grüsse aus, wodurch natürlich der ganze Stadthafen am Hafen Zeuge dieser Zärtlichkeit wurde. Hier rief eine Mutter: „Benedicite, mein Sohn, antworte mir!“ Und vom Schiffe schallte es zurück: „Mamma, Mamma, wo bist Du?“ — „Ich bin hier, seit drei Nächten (sogar) siehe ich hier und warte auf Dich.“ Ein anderer Soldat rief vom Schiffe herüber: „Ist meine Frau Teresina nicht da?“ — „Seit acht Tagen ist sie jede Nacht gekommen“, antwortete man ihm, auch heute Abend war sie da, aber als das Schiff in den Hafen einlief, fiel sie in Ohnmacht, und wir haben sie in die nächste Apotheke schaffen müssen.“ Ein Herr aus Rom rief nach dem Schiffe hin: „Gnädige, mein Sohn, zünde doch ein Paar Streichhölzer an und halte sie dir vor das Gesicht, vielleicht daß ich Dich so sehen kann.“ Im Nu wurden auf dem Dampfer Hundert und mehr Streichhölzer angezündet, die das Gesicht eines hübschen jungen Soldaten beleuchteten. „O, wie bin ich glücklich, wie bin ich glücklich!“ rief der Vater zurück, „ich hatte nicht mehr geglaubt, daß ich Dich je wiedersehen würde!“ Dergleichen Szenen spielten sich unzählige ab. Bevor die Auslieferung begann, wurde die Volksmenge, die inzwischen sehr zahlreich geworden war, von der Polizei zurückgedrängt. Für die heimkehrenden Soldaten standen große Ambulanzwagen des Militär-Ärztebataillons bereit, in denen man sie nach einer nahegelegenen Kaserne verbrachte. Auf dem Wege dorthin konnten die Heimkehrenden den ersten Händedruck mit ihren Angehörigen austauschen. Heute früh haben sie ihren rückständigen Sold erhalten und die Verwundeten unter ihnen, d. h. fast alle, außerdem noch hundert ihre Schmerzensgeld. Morgen gehen sie auf Urlaub. Die Zeitungen sind heute mit Erzählungen über die Erlebnisse der Gefangenen angefüllt. Viel Neues erfährt man aus denselben, abgesehen von den haarsträubenden Verbrechen, die jeder einzelne der Gefangenen vor, während und nach der Schlacht bei Adwa vollbracht hat. Wenn die übrigen Kriegsgefangenen im Durchschnitt auch so viel Abscheu umgeben haben, als jeder der gestern Heimgekehrten, dann bliebe es ein Mitleid, woher der Regus noch Soldaten nähme. Ueber ihre Behandlung durch die Abschnitter sind die Befreiten alleamt des Lobes voll, und nicht minder bezaubert zeigen sie sich von der Bildung und dem großmütigen Mitleids und dessen Gemahlin Taita. In Adwa-Abenda vertrieben sich die Gefangenen die Zeit mit Theaterspielen. Wer durchaus arbeiten wollte, den hinderte der Regus nicht daran, besaßte ihn aber glänzend. Mit einem Worte, dieses Abschnitter scheint für die italienischen Kriegsgefangenen das reine Scharaffenland gewesen zu sein. Wenn die Abschnitter nur im Kriege mehr Spaß verstanden, aber da sind es, wie die befreiten Gefangenen einmütig versichern, die reinen Teufel!

General Barakati, der Besiegte von Adwa, ist, wie man weiß, aus dem aktiven Dienste ausgeschieden. Seine Pension wurde gestern vom Rechnungshofe auf jährlich 7136 Lire festgesetzt. Das Merkwürdige an der bezüglichen Betantragbe liegt darin, daß General Barakati in ihr Barakati genannt wird. Das ist allerdings der eigentliche Name des Generals, der, wie bekannt, aus Sidnapol stammt und, nach diesem Namen zu schließen, nicht italienischer Abkunft ist. Aber während der Triumph des Generals erinnerte sich kein

